

Jänicke, Christin; Gunzelmann, Hans Jonas; Völker, Teresa; Hutter, Swen

Research Report

Wirksam gegen Rechtsaußen: Eine systematische Analyse zivilgesellschaftlicher Strategien gegen die extreme Rechte

Policy Brief

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Jänicke, Christin; Gunzelmann, Hans Jonas; Völker, Teresa; Hutter, Swen (2025) : Wirksam gegen Rechtsaußen: Eine systematische Analyse zivilgesellschaftlicher Strategien gegen die extreme Rechte, Policy Brief, Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung, Berlin, https://bibliothek.wzb.eu/policy-brief/ZZ_FU-WZB_PolicyBrief_04_jaenicke-gunzelmann-voelker-hutter.pdf

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/334463>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

Policy Brief

Wirksam gegen Rechtsaußen

Eine systematische Analyse zivilgesellschaftlicher Strategien gegen die extreme Rechte

Christin Jänicke

Hans Jonas Gunzelmann

Teresa Völker

Swen Hutter

Zivilgesellschaftliche Organisationen spielen in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus eine zentrale Rolle. Sie setzen auf eine Vielzahl von Strategien, die von unterschiedlichsten Organisationen genutzt werden – von Gewerkschaften über Sportvereine und Kultureinrichtungen bis zu Feuerwehren und Naturschutzverbänden. Das Projekt „Wirksam gegen Rechtsaußen“ hat diese Strategien auf Basis von 191 Praxis-Handreichungen und 56 wissenschaftlichen Studien analysiert und fünf übergeordnete Typen identifiziert: 1. organisationale Strategien, 2. Netzwerkarbeit, 3. politische Bildung, 4. Proteste und 5. Öffentlichkeitsarbeit. Doch während das Praxiswissen umfangreich ist, bleibt die wissenschaftliche Evidenz zur Wirkung der Strategien begrenzt. Daher braucht es einen systematischen Wissenstransfer zwischen zivilgesellschaftlichen Handlungsfeldern, eine praxisnahe Forschung, Kooperationen zwischen Wissenschaft und Praxis sowie eine langfristige finanzielle und politische Unterstützung für zivilgesellschaftliche Akteur*innen.

Zusammenfassung und Empfehlungen für die Praxis -> Seite 13 und 14

Weitere Informationen zum Projekt „Wirksam gegen Rechtsaußen“:

<https://www.wzb.eu/wgr>

Einführung

Rechtsextremismus als Herausforderung für die Zivilgesellschaft

Anfang 2024 gingen in ganz Deutschland Hunderttausende Menschen auf die Straßen, um gegen den wachsenden Einfluss der extremen Rechten zu demonstrieren. Fast zwei Jahre später zeigen die Landtagswahlen 2024 und die vorgezogene Bundestagswahl 2025 jedoch: Die extrem rechte *Alternative für Deutschland* (AfD) ist die zweit- oder mancherorts stärkste Partei. Dies wirft die drängende Frage auf:

Welche Strategien wirken gegen die Etablierung der extremen Rechten?

Zivilgesellschaftliche Organisationen – von Gewerkschaften über Sportvereine bis zu Kirchen – sind auf unterschiedliche Weise betroffen: Einerseits werden sie als Orte der Integration, des sozialen Zusammenhalts und des demokratischen Lebens häufig angefeindet. Andererseits müssen sie interne Herausforderungen bewältigen, wenn extrem rechte Akteur*innen versuchen, in den eigenen Reihen Einfluss zu gewinnen. Hinzu kommen Angriffe aus der politischen Mitte, die das Engagement gegen Rechtsextremismus teils diskreditieren und durch finanzielle Kürzungen erschweren bis verunmöglichen. Trotz ihrer zentralen Rolle und der Vielfalt ihrer Strategien gibt es bislang erstaunlich wenig systematisches Wissen über diese Strategien der organisierten Zivilgesellschaft gegen Rechtsextremismus und deren Wirksamkeit. Diese Bandbreite an Ansätzen untersuchen wir im Folgenden.

Die Studie auf einen Blick

Der vorliegende Policy Brief basiert auf den Ergebnissen des Forschungsprojekts „Wirksam gegen Rechtsaußen. Evidenzbasierte Strategien gegen die extreme Rechte“, am Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) und an der Freien Universität Berlin. Die Studie systematisiert und analysiert erstmals umfassend die Strategien der organisierten Zivilgesellschaft im Umgang mit Rechtsextremismus. Ausgewertet wurden 191 Praxis-Handreichungen von 42 deutschen zivilgesellschaftlichen Organisationen und 56 internationale wissenschaftliche Studien.

Die zentrale Erkenntnis: Die deutsche Zivilgesellschaft nutzt vielfältige Strategien gegen die extreme Rechte; fünf Hauptstrategien sind über alle Handlungsfelder – ob Wohlfahrt, Naturschutz oder Andere – hinweg sehr ähnlich. Doch zwischen Praxis und Forschung klafft eine enorme Lücke: Gerade die am häufigsten genutzten Strategien sind wissenschaftlich kaum untersucht. Die wichtigsten Einzelstrategien sind „Bildung und Aufklärung“, „Positionieren (nach innen und außen)“ sowie „Gespräche führen“.

5 zentrale Strategietypen der Zivilgesellschaft:

- | | |
|--|----------|
| 1. Organisationale Strategien: Satzungen, Hausordnungen, Ausschlussverfahren | -> S. 6 |
| 2. Netzwerkstrategien: Bündnisse, Dialog, Unterstützung Betroffener | -> S. 7 |
| 3. Bildung und kulturelle Praktiken: Aufklärung, Sensibilisierung, Erinnerungsarbeit | -> S. 8 |
| 4. Konfrontative Strategien: Gegenproteste, Blockaden, Demonstrationen | -> S. 9 |
| 5. Öffentlichkeitsstrategien: Kampagnen, Positionierung, Monitoring | -> S. 10 |

Ziel des Policy Briefs

Der vorliegende Policy Brief systematisiert und analysiert erstmals die Strategien der organisierten Zivilgesellschaft in Deutschland im Umgang mit Rechtsextremismus. Dafür haben wir sowohl Praktiken deutscher zivilgesellschaftlicher Organisationen als auch internationale Forschung ausgewertet. Wir wollten wissen, welche Strategien die Zivilgesellschaft nutzt und weiterempfiehlt – ihren eigenen Organisationen, anderen Organisationen in ihrem Handlungsfeld oder der Zivilgesellschaft in ihrer ganzen Breite.

Unser Ziel ist es, zivilgesellschaftlich Engagierten und politischen Entscheidungsträger*innen fundiertes Wissen an die Hand zu geben:

- Vor welchen Herausforderungen durch die extreme Rechte steht die Zivilgesellschaft?
- Welche Strategien gegen Rechtsextremismus werden genutzt?
- Was hat sich in welchen Kontexten bewährt?



Hinweis: Die Sammlung der Handreichungen ist als Teil der Wissensdatenbank des Bündnisses *Zusammen für Demokratie* online zu finden unter: www.zusammen-fuer-demokratie.de/wissensdatenbank/

Datengrundlage

Dieser Policy Brief basiert auf einem zweiteiligen Forschungsansatz, der Praxiswissen und wissenschaftliche Erkenntnisse verbindet.

Unsere Daten:

- 191 Praxis-Handreichungen von 42 deutschen zivilgesellschaftlichen Organisationen aus über 20 Jahren (Format: online veröffentlichte Handlungsempfehlungen, Argumentationsleitfäden und Informationsmaterialien)
- 56 begutachtete internationale sozialwissenschaftliche Studien aus 5 Jahrzehnten zur Wirksamkeit von Ansätzen gegen die extreme Rechte
- 9 Handlungsfelder: Wohlfahrt, Gewerkschaften, Naturschutz, Freiwillige Feuerwehr, Bildung und Beratung, Heimat und Kultur, (Sport- und kulturelles) Schützenwesen, Sport und Religion

Die Auswertung: Methodisch erfolge die Analyse durch qualitative Inhaltsanalysen mit systematischer Codierung der Strategien. Erste Erkenntnisse wurden in einem transdisziplinären Workshop und öffentlichen Veranstaltungen mit Praktiker*innen diskutiert. Die Analyse erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit oder Repräsentation, sondern zeigt einen Ausschnitt an in deutscher Sprache verschriftlichten Strategien etablierter Vereine und Verbände. Lokale Initiativen, informelle Zusammenschlüsse und nicht-deutschsprachige Handreichungen wurden nicht berücksichtigt, da diese andere Erfassungsmethoden erfordern. So spiegelt diese Studie hauptsächlich die organisierte, etablierte Zivilgesellschaft in Deutschland wider.

Von Gewerkschaften bis zu Sportvereinen: Das breite Spektrum des Engagements gegen Rechtsextremismus

Unsere Analyse zeigt: Die Deutsche Zivilgesellschaft ist in ihrer Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus vielfältig aktiv. Die untersuchten Organisationen aus 9 Handlungsfeldern – Wohlfahrt, Gewerkschaften, Naturschutz, Freiwillige Feuerwehr, Bildung und Beratung, Heimat und Kultur, Schützenwesen, Sport und Religion – entwickeln verschiedene Strategien und leiten daraus Handlungsempfehlungen ab.

Unterschiedlich viel Material über die Handlungsfelder hinweg

Dabei fällt auf, dass in den einzelnen Feldern unterschiedlich viel Material zur Verfügung gestellt wird. **Besonders viele Handreichungen/Dokumente werden im Feld Bildung und Beratung bereitgestellt** – sie umfassen etwa ein Drittel aller analysierten Dokumente. Angesichts der geringen Anzahl der von uns untersuchten Organisationen in diesem Handlungsfeld bedeutet das eine besonders hohe Dokumentendichte (durchschnittlich 6,4 Dokumente pro Organisation). Zu diesem Feld gehören spezialisierte Beratungsstellen, Mobile Beratungen gegen Rechtsextremismus und Präventionsprojekte. Die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus gehört häufig zu ihren Kernaufgaben.

Gewerkschaften sind mit 20 % der Materialien ebenfalls stark vertreten und verfügen über lange Erfahrung (Schroeder et al., 2022). Obwohl wir 19 gewerkschaftliche Organisationen identifizierten, wurden nur vier in die Analyse einbezogen – diese erwiesen sich jedoch als besonders ergiebig mit durchschnittlich 9,5 Dokumenten pro kodierte Organisation.

Der **Sport folgt mit 13 %**. Hier zeigt sich, dass Sportvereine und -verbände zunehmend Strategien entwickeln, um rechtsextreme Einflussnahme abzuwehren und demokratische Werte zu stärken (Claus & Behn, 2024; Greef & Heller, 2021).

Zahlreiches Material fanden wir zudem in den Handlungsfeldern Wohlfahrt (9 %), Religion (9 %) und Naturschutz (7 %). Bemerkenswert ist, dass die Felder **Wohlfahrt und Heimat/Kultur** zu den größten Feldern in unserem Datenkorpus gehören, aber nur wenige Dokumente bereitstellen (0,27 bzw. 0,05 Dokumente pro Organisation). Im Feld Schützenwesen, der Freiwilligen Feuerwehr und Heimat/Kultur fanden wir nur einzelne Handreichungen, die sich mit Rechtsextremismus auseinandersetzen.

Rechte Ideologie und AfD als zentrale Herausforderungen

Wir haben 123 Themen identifiziert, die in den Handreichungen adressiert werden, und zu fünf Hauptkategorien gebündelt: **1. Rechtsextremismus und Rechtspopulismus** dominieren mit 103 Dokumenten, gefolgt von 2. Rassismus und Diskriminierung (45 Dokumente), 3. Kommunikationsstrategien (29 Dokumente), 4. Demokratieförderung (11 Dokumente) sowie 5. Vielfalt/ Interkulturalität (3 Dokumente).

Bei den betrachteten Phänomenen stehen **rechte Ideologien und Ideologiefragmente** wie Antisemitismus, Rassismus und Sozialdarwinismus (104 Dokumente) im Zentrum, gefolgt von extrem rechten Akteur*innen, **insbesondere der AfD** (42 Dokumente). Extrem rechte Aktionen (18 Dokumente), Social Media (13 Dokumente), Gewalt (11 Dokumente) und Diskurse (8 Dokumente) werden deutlich seltener thematisiert.

Praktische Hilfe steht im Vordergrund

Trotz der Vielfalt der untersuchten Organisationen zeigt sich eine bemerkenswerte **Übereinstimmung in ihren Absichten** (Abbildung 1). Häufigstes Ziel ist es, **praktische Tipps zu geben und zu aktivem Engagement gegen Rechtsextremismus zu ermutigen** (97 Dokumente). Die Organisationen wollen die Öffentlichkeit **über Themen der extremen Rechten informieren, aufklären und sensibilisieren** (39 Dokumente). Eine weitere wichtige Absicht ist es, eine **klare Haltung gegen rechtsextreme Ideologien zu zeigen** (35 Dokumente). Darüber hinaus stellen sie Instrumente zur Verfügung, um rechtsextremen Narrativen wirksam entgegenzuwirken (14 Dokumente). Schließlich wollen sie Menschen, die von rechtsextremen Phänomenen betroffen sind, Unterstützung und Beratung anbieten (5 Dokumente).

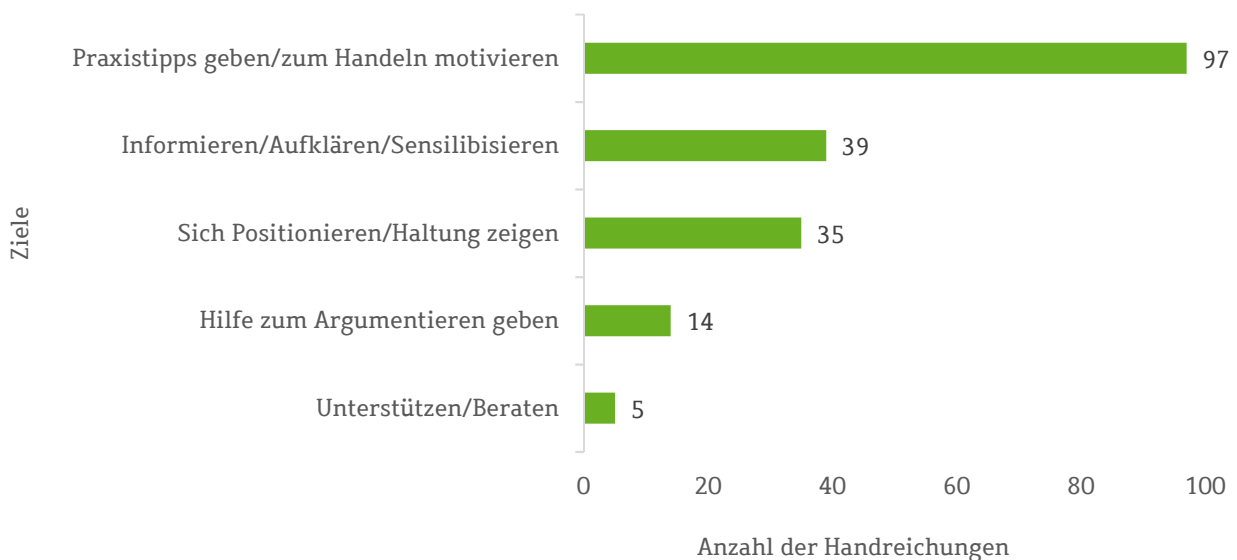


Praxisbeispiel: Der Bundesverband der Mobilen Beratung schreibt: „Diese Publikation soll weniger die Probleme an sich darstellen als vielmehr konkrete Handlungsempfehlungen bieten.“ (BMB 2022, S. 3)



Praxisbeispiel: Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus: „Ziel ist es, im Interesse einer menschenfreundlichen und demokratischen Gesellschaft miteinander in lokalen Bündnissen gegen rechts-extreme und -populistische Kampagnen anzugehen und Flüchtlinge zu unterstützen.“ (BAGKR 2014, S. 3)

Abbildung 1: Ziele der 191 Handreichungen



5 Strategietypen gegen Rechtsextremismus

Die Zivilgesellschaft hat im Umgang mit Rechtsextremismus viele verschiedene Strategien entwickelt. In den wissenschaftlichen Studien und Organisationsdokumenten haben wir **77 einzelne Strategien** identifiziert und zu **5 Strategietypen** zusammengefasst: 1. **Organisationale Strategien** (74 % der Dokumente), 2. **Netzwerkstrategien** (81 %), 3. **Bildung und kulturelle Strategien** (82 %), 4. **Konfrontative Strategien** (15 %) und 5. **Öffentlichkeitsstrategien** (70 %). Die 5 Strategietypen stellen wir im Folgenden vor.

Typ 1: Organisationale Strategien – vom Leitbild bis zu konkreten Sicherheitsmaßnahmen

Zu den organisationalen Strategien gehören Maßnahmen, die innerhalb der eigenen Organisation den rechtsextremen Einflüssen entgegenwirken oder vor Bedrohungen von außen schützen. Konkret setzen zivilgesellschaftliche Organisationen auf klare Regeln, Werthaltung und Schutzkonzepte.

Klare Regeln: Satzungen, Hausordnungen, Geschäftsordnungen oder Unvereinbarkeitsbeschlüsse, wie sie Gewerkschaften seit Jahren nutzen, schließen menschenfeindliche Positionen und Akteur*innen aus Organisationen aus. Auch die *Deutsche Bischofskonferenz* beschloss zum Beispiel 2024, dass rechtsextreme Positionen nicht mit einem Kirchenamt vereinbar sind.

Werthaltung: Leitbilder und Verhaltenskodizes legen explizit Werte wie Demokratie, Menschenwürde und Vielfalt fest. Sie ermöglichen eine klare Positionierung als Organisation, geben Orientierung nach innen und schaffen Handlungssicherheit im Umgang mit Rechtsextremismus.



Praxisbeispiel: Ein Schützenverein erhält Anfragen von Rechtsextremen zur Anmietung ihrer Schützenhalle. Der Vorstand verankert daher eine Klausel im Mietvertrag: Bei rassistischer Hetze kann der Verein vom Vertrag zurücktreten oder die Veranstaltung abbrechen. (BdSJ o.J., S. 37)

Schutzkonzepte: Sicherheitsmaßnahmen reichen von konkretem Schutz bei Veranstaltungen bis zum sensiblen Umgang mit persönlichen Daten. Dazu gehören präventive Maßnahmen, klare Zuständigkeiten und die Möglichkeit, bei Bedarf Hilfe hinzuzuziehen (z. B. Polizei, Security, Beratungsstellen).



Hinweis: Zwei Praxistools für den Umgang mit rechten Bedrohungen: *BEWARE & Amadeu Antonio Stiftung*: www.amadeu-antonio-stiftung.de
„Your Safetykit“ von *MOsaik!*: www.damost.de/publikationen-your-safetykit

Organisationale Strategien in der Forschung

Wie wirksam solche organisationalen Strategien in der Praxis wirklich sind, ist noch offen, denn diese alltägliche, grundlegende Arbeit wurde wissenschaftlich bisher kaum untersucht. Nur in 2 der 56 von uns identifizierten Studien wurden solche Strategien thematisiert – und auch nur am Rande.

Laumond (2023) erwähnt das Beispiel einer Stiftung, die ihre Satzung änderte, um die AfD von ihren Räumlichkeiten auszuschließen. Schroeder et al. (2023) zeigen, dass sich Organisationen zwar distanzieren, interne Regelungen und Sanktionen (z. B. Satzungsänderungen, Mitgliederausschlüsse) aber meist nur als letztes Mittel gelten und Reaktionen von politischen Gelegenheitsstrukturen abhängen. Keine der Studien liefert Aussagen zur Wirksamkeit dieser organisationalen Strategien, was bemerkenswert ist angesichts der vielen Praxisdokumente.

Typ 2: Netzwerkstrategien – von lokalen Bündnissen bis zu transnationalen Koalitionen

Netzwerkstrategien stärken Verbindungen zwischen Organisationen und einzelnen Engagierten. Sie ermöglichen sinnvolle Arbeitsteilung und erhöhen die eigene Wirkungskraft. Konkret umfassen sie drei Dimensionen: Bündnisse und Allianzen, Dialog und Gespräche sowie die Unterstützung von Betroffenen.

Bündnisse und Allianzen: Zivilgesellschaftliche Akteur*innen schließen sich zusammen – von lokalen Bündnissen über feldübergreifende Koalitionen bis zu transnationalen Netzwerken. Diese bündeln Ressourcen, teilen Expertise, erhöhen die Sichtbarkeit und können gezielt zur Unterstützung von Betroffenen gebildet werden oder als Safe Spaces innerhalb von Organisationen.



Praxisbeispiel: 70 sehr unterschiedliche Organisationen haben sich im Bündnis *Zusammen für Demokratie* auf ein gemeinsames Mission Statement verständigt: „Gemeinsam Demokratie und Menschenrechte verteidigen! Für eine gerechte und solidarische Gesellschaft.“
Mehr unter: zusammen-fuer-demokratie.de/ueber-uns/

Dialog und Gespräche: Der direkte Austausch mit Betroffenen, innerhalb der Organisation und mit anderen Engagierten bildet eine wichtige Säule. Gespräche schaffen Verständnis, klären Positionen und ermöglichen gemeinsames Handeln gegen rechtsextreme Einflussnahme.

Unterstützung von Betroffenen: Organisationen bieten Menschen, die von rechter Gewalt oder Diskriminierung betroffen sind, konkrete Hilfe durch Beratung, psychosoziale Unterstützung oder praktische Solidarität. Diese Unterstützung stärkt Betroffene und sendet ein klares Signal gegen Rechtsaußen.



Praxisbeispiel: Eine evangelische Kirchengemeinde lädt eine muslimische Expertin zu einer Kanzelrede ein und wird danach angefeindet. Das lokale Bündnis gegen rechts gibt ihr Rückhalt, um ihre interreligiöse Arbeit fortzusetzen (MBRA_2022, S. 14).

Netzwerkstrategien in der Forschung

Die breite Nutzung von Netzwerkstrategien in der Praxis findet sich auch in der Forschung wieder: Mit 11 Studien gehören sie zu den vergleichsweise gut untersuchten Ansätzen. Die Bandbreite der analysierten Strategien ist groß – von lokalen Bündnissen über feldübergreifende Koalitionen bis zu transnationalen Kampagnen, von rein zivilgesellschaftlichen Zusammenschlüssen bis zu Kooperationen mit staatlichen Akteur*innen.

Während alle Studien die Bedeutung von Vernetzung betonen, liefern nur zwei konkrete Wirksamkeitsnachweise: Schwartz (2024) zeigt, dass in Toronto die Einbindung radikaler antifaschistischer Organisationen in eine breitere Koalition entscheidend für den Zusammenbruch einer großen rechtsextremen Organisation war. Casarões et al. (2024) zeigen, dass transnationale Kampagnenvernetzung zur Wahlniederlage Bolsonaros in Brasilien beitrug.

Typ 3: Bildung und kulturelle Praktiken – mit Wissen und Aufklärung gegen extrem rechte Narrative

Bildungs- und Kulturstrategien wirken durch Wissen, Aufklärung und Erinnerungsarbeit gegen extrem rechte Ideologien. Sie stärken die Widerstandsfähigkeit von Einzelpersonen und Organisationen gegenüber rechtsextremen Narrativen. Konkret umfassen sie 3 Dimensionen: Aufklärung und Bildung, Bekämpfung von Desinformation sowie die Nutzung von Beratung.

Aufklärung und Bildung: Schulungen, Workshops und Informationsmaterialien vermitteln Faktenwissen über Rechtsextremismus und stärken demokratische Kompetenzen.



Praxisbeispiel: Die *Arbeiterwohlfahrt* (AWO) bietet systematische Schulungen an, um bei Konfrontation mit rechtsextremen Haltungen handlungsfähig zu bleiben. Die Schulungen vermitteln Faktenwissen und fördern Dialogfähigkeit, Selbstreflexion und Kritikfähigkeit (AWO_2019a, S. 23).

Desinformation und Stigmatisierung bekämpfen: Strategien gegen rechtsextreme Falschinformationen und diskriminierende Narrative reichen von Faktenchecks über Medienkompetenztraining bis zu gezielter Gegenrede in sozialen Medien.

Beratung nutzen: Organisationen nutzen externe und interne Beratungsstrukturen. Spezialisierte Beratungsstellen, Mobile Beratungen und Ausstiegsprogramme bieten Expertise von außen, während Verbände auch interne Beratungsangebote für Betroffene ebenso wie für organisationale Fragen bereitstellen.



Praxisbeispiel: Die *Naturschutzjugend* führt das Projekt „Kein Blattbreit der Rechten“ durch, um für die Gefahren rechter Vereinnahmungen des Natur- und Umweltschutzes zu sensibilisieren und den Verband zu stärken. (NAJU 2024)

Bildung und kulturelle Praktiken in der Forschung

Mit 11 Studien ist dieser Strategietyp ebenfalls relativ gut erforscht. Schwerpunkte sind demokratische Bildung, Beratungsdienste wie Mobile Beratung und Ausstiegsprogramme zur Deradikalisierung. Ein weiterer Fokus liegt auf Erinnerungspraktiken wie Stolpersteinen für NS-Opfer, umkämpften Gedenktagen oder der Mobilisierung kulturellen Erbes. Auch antifaschistische Musik und feministische Wissensproduktion werden untersucht.

Die Wirksamkeitsforschung ist bei Bildungsstrategien methodisch anspruchsvoll, da diese auf langfristige Veränderungen abzielen. Dennoch gibt es Nachweise in den untersuchten Studien: Ausstiegsprogramme für Rechtsextreme funktionieren bei qualifiziertem Personal und staatlicher Unterstützung (Boumaiza, 2013); antifaschistische Musikprojekte verhinderten den Ausbau rechter Kulturräume (Carter, 2024); Stolpersteine halfen, rechtsextreme Wahlerfolge zu reduzieren (Turkoglu et al., 2023).

Typ 4: Konfrontative Strategien – demonstrieren gegen Rechtsaußen

Konfrontative Strategien stören oder verhindern rechtsextreme Aktionen direkt – etwa durch Gegenproteste, Mahnwachen oder Blockaden (auch militante Formen). Interessant ist: In den Praxisunterlagen sind sie selten beschrieben (28 von 191 Dokumenten), in der Forschung dominieren sie jedoch (35 von 56 Studien). 20 Studien untersuchen Aktionen gegen rechtsextreme Parteien; 11 befassen sich mit Gegenprotesten gegen rechtsextreme Demonstrationen.



Praxisbeispiel: Bürger*innen einer ländlichen Gemeinde nutzen kreative Gegenaktionen gegen eine rechtsextreme Demonstration – symbolisches Straßenkehren, Motorsägen und Kirchenglocken. Ziel: Die Veranstaltung stören und der Normalisierung entgegenwirken. (BBE_AFSS_2010, S. 42)



Praxisbeispiel: Die *DGB-Jugend Niederbayern* betont die Bedeutung der Solidarität: „Die eigene Sichtbarkeit wird erhöht und Interessierte können sich anschließen. Durch gemeinsame Erlebnisse lernt man sich besser kennen und Vertrauen kann wachsen. Erfolge können das Gefühl der Selbstwirksamkeit steigern. Selbst Niederlagen und stressige Situationen können wichtige Effekte haben: Bestenfalls die Erfahrung, sie durch ein solidarisches Miteinander gut überstehen zu können.“ (2023, S. 55)

Konfrontative Strategien in der Forschung

Obwohl sich vergleichsweise viele Forschungsarbeiten mit Protestaktionen gegen rechtsextreme Parteien und Bewegungen beschäftigen, liefert die Forschung noch kein kohärentes Bild zu deren Wirkung. Wirkung und Erfolg scheinen von Kontext, Ort, Zeitpunkt und Mobilisierungsform abzuhängen.

Mehrere Studien zeigen, dass Protest den Wahlerfolg rechter Parteien schwächen kann (Art, 2007; Colombo et al., 2024; Ellinas & Lamprianou, 2023). In Griechenland trugen antifaschistische Proteste sogar zum Verbot der Golden Dawn bei (Ellinas & Lamprianou, 2021). Es gibt jedoch auch Arbeiten, die keine oder nur bedingte Effekte finden (Fallend & Heinisch, 2016; Mayer, 1995). Wichtig: Unerwünschte Effekte zugunsten der Rechten wurden nicht belegt.

Auch bei Protesten gegen rechtsextreme Demonstrationen sind die Befunde uneinheitlich. Studien zu Pegida zeigen, dass Gegenproteste Pegida-Demonstrationen nicht verhindern und größere Gegenproteste sogar Mobilisierungseffekte haben können (Vüllers & Hellmeier, 2022; Hellmeier, 2022). Auch gewaltsame Gegenproteste verlängern rechte Kampagnen. Hager et al. (2022) finden bei AfD-Protesten keinen Effekt der Gegenprotestgröße. Andere Studien kommen zu gegenteiligen Ergebnissen: Zeller (2021, 2022) argumentiert, dass sowohl gewaltfreie als auch militante Gegenprotest demobilisierend wirken kann. Wood (2021) zeigt für Nordamerika temporäre Demobilisierung oder taktische Verschiebungen von rechtsextremen Protesten.

Typ 5: Öffentlichkeitsstrategien – eigene Werte vermitteln oder sich an extrem Rechten abarbeiten?

Öffentlichkeitsstrategien umfassen Interventionen im öffentlichen Raum, die über direkten Protest hinausgehen – von Kampagnen über Pressearbeit bis zu Monitoring. Die zentrale Frage: Eigene Werte setzen oder sich an Rechtsextremen abarbeiten? Konkret setzen Organisationen auf Positionierung und Kampagnen, Pressearbeit sowie Monitoring und Meldung.

Positionierung und Kampagnen: Organisationen beziehen öffentlich Position gegen Rechtsextremismus und für demokratische Werte. Durch Kampagnen und öffentliche Statements setzen sie eigene Inhalte – mit Themen wie Demokratie, Vielfalt und Toleranz.



Praxisbeispiel: Die *Deutsche Jugendfeuerwehr* positioniert sich mit der Kampagne „Nicht nur löschen, wenn es brennt“ aktiv gegen Rassismus. Der Slogan verbindet die Kernkompetenz der Feuerwehr mit demokratischem Engagement und setzt auf positive Werte statt Anprangerung. (DJF_SGR_2022, S. 2)

Pressearbeit: Aktive Medienarbeit macht das eigene Engagement sichtbar und erreicht breitere Öffentlichkeit. Gezielte Öffentlichkeitsarbeit durch Pressemitteilungen oder Interviews trägt dazu bei, demokratische Positionen in der Medienlandschaft zu verankern.

Monitoring und Meldung: Organisationen dokumentieren rechtsextreme Vorfälle durch eigene Monitoringstellen und/oder melden sie an Behörden, Plattformbetreiber oder externe Stellen. Dies macht rechtsextreme Aktivitäten intern und nach außen sichtbar, ermöglicht rechtliche Konsequenzen und liefert wichtige Informationen über Häufigkeit und Veränderungen.



Praxisbeispiel: Die AWO entwickelte eine Checkliste für diskriminierungsfreie Öffentlichkeitsarbeit. Sie sensibilisiert dafür, Formulierungen, Bilder und Videos kritisch zu prüfen – Stereotype zu vermeiden, Privatsphäre zu respektieren und Individualität wertzuschätzen (AWO_2020, S. 39).

Öffentlichkeitsstrategien in der Forschung

16 Studien befassen sich mit Öffentlichkeitsstrategien. Viele Organisationen nutzen positive Botschaften, die Demokratie und Toleranz vermitteln. Andere setzen auf konfrontative Anprangerung.

Zur Wirksamkeit sind die Befunde dünn und widersprüchlich: In Österreich scheiterten Strategien gegen die extreme Rechte (Fallend & Heinisch, 2016). In Brasilien war „Naming-and-Shaming“ hingegen entscheidend für Bolsonaros Wahlniederlage (Casarões et al., 2024). Monitoring zeigt gemischte Ergebnisse: In Griechenland führte es zum Verbot der neonazistischen Partei Golden Dawn (Ellinas & Lamprianou, 2021), kann aber auch Aktivist*innen gefährden (Hatakka, 2020). Die zentrale Frage – Rechtsextreme Akteur*innen und Gedankengut kritisieren oder positive Botschaften senden? – bleibt wissenschaftlich offen.

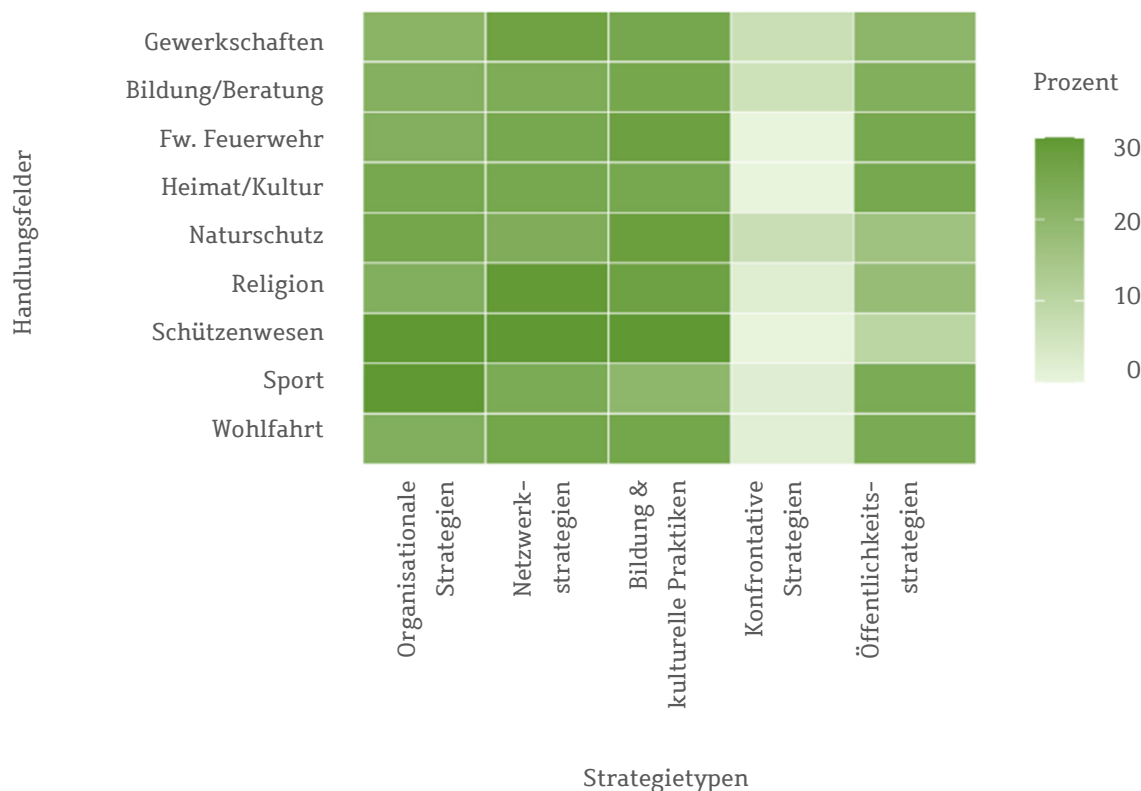
Ähnliche Strategien über alle Felder hinweg

Bemerkenswerte Homogenität in der Zivilgesellschaft

Die Vielfalt der Organisationen geht einher mit einer hohen Übereinstimmung in der Nutzung der Strategietypen: Organisationale Strategien finden sich in 74 % der Dokumente, Bildungs- und Kulturstrategien in 82 %, Netzwerkstrategien in 81 % und Öffentlichkeitsstrategien in 70 %. Nur konfrontative Strategien werden mit 15 % deutlich seltener genannt.

Die Verteilung der 5 Hauptstrategien zeigt eine bemerkenswerte Ähnlichkeit über alle untersuchten zivilgesellschaftlichen Felder hinweg: **4 der 5 Hauptstrategien tauchen in 70-82 % der Dokumente pro Feld auf – unabhängig davon, ob es sich um Wohlfahrt, Gewerkschaften, Sport oder Religion handelt.** Beispielsweise machen Netzwerkstrategien im Feld Wohlfahrt 26 % der genannten Strategien aus, im Feld Arbeit sind es 27 %. In allen Feldern werden konfrontative Strategien am seltensten genannt (zwischen 0 und 7 % aller Strategien im jeweiligen Feld). Abbildung 2 zeigt die Verteilung der 5 Hauptstrategien in den Handlungsfeldern.

Abbildung 2: Verteilung der Strategietypen über die zivilgesellschaftlichen Handlungsfelder

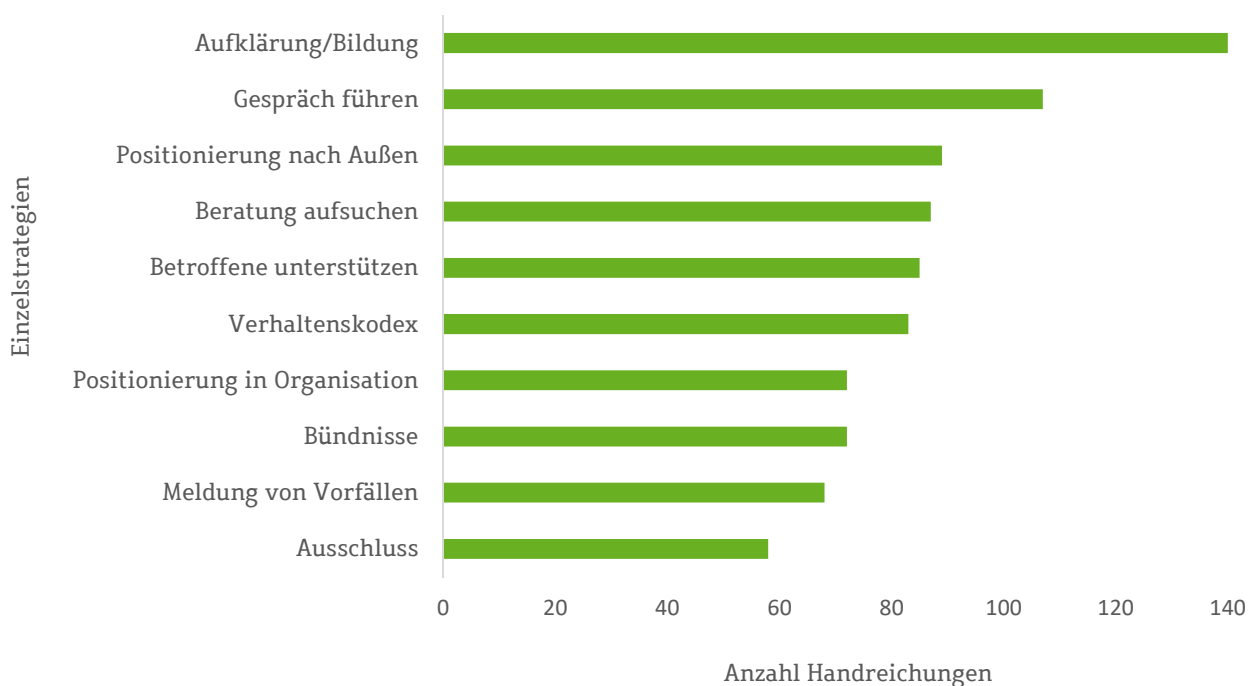


Die wichtigsten Einzelstrategien: Aufklärung und Haltung zeigen

Innerhalb der 5 Haupttypen gibt es klare Schwerpunkte bei den 77 Einzelstrategien:

Bildung und Positionierung dominieren: Aufklärung ist mit Nennungen in 140 Dokumenten die wichtigste Einzelstrategie überhaupt. Sehr häufig werden außerdem das Führen von Gesprächen (107 Dokumente) und die Positionierung nach außen (89 Dokumente) genannt. Die Top 10 Strategien sind in Abbildung 3 gelistet. Dazu gehört auch die Positionierung innerhalb der Organisation mit 72 Dokumente. Zusammen zählen Positionierungen – nach außen und innen zusammen sogar 161 Nennungen. Die Botschaft: Eine eindeutige Haltung gegen Rechtsextremismus zu zeigen, ist ein grundlegender Schritt.

Abbildung 3: Die 10 häufigsten Einzelstrategien



Nuancen: Kleine Unterschiede zwischen den Handlungsfeldern bei einzelnen Strategien

Trotz der homogenen Grundorientierung zeigen sich bei genauerer Analyse charakteristische Schwerpunkte. **Gewerkschaften** setzen überdurchschnittlich auf Dialog: Sie führen besonders viele Gespräche (27 Dokumente) und nutzen seltener externe Beratung (5 Dokumente). Das Handlungsfeld **Bildung und Beratung** zeigt seine Spezialisierung durch häufige Nennung von Sicherheitsmaßnahmen (21 Dokumente) und systematischer Problemanalyse (25 Dokumente). **Sportorganisationen** konzentrieren sich auf interne Entwicklung mit überdurchschnittlich vielen Nennungen zur Organisationspositionierung nach innen (11 Dokumente). Diese feldspezifischen Akzente spiegeln die jeweiligen institutionellen Logiken und Erfahrungen wider. Sie bieten Ansatzpunkte für maßgeschneiderte Beratung und felderübergreifenden Wissenstransfer: Was in einem Feld gut funktioniert, könnte – angepasst – auch anderen Bereichen helfen.

Zusammenfassung und Empfehlungen für die Praxis

Großes Engagement, aber wenig erforscht

Zivilgesellschaftliche Organisationen in Deutschland leisten seit Jahren wichtige Arbeit gegen Rechtsextremismus. Dabei haben sie ein breites Repertoire an Strategien entwickelt – von Bildungsarbeit über klare Positionierung bis hin zu organisatorischen Maßnahmen wie Satzungsänderungen. Unsere Analyse zeigt jedoch: Die Forschung hinkt deutlich hinterher.

Die Schieflage zwischen Praxis und Forschung

Während 191 Handreichungen vielfältiges Praxiswissen dokumentieren, gibt es nur 56 wissenschaftliche Studien zu den Strategien. Besonders problematisch: Die am häufigsten genutzten Ansätze sind am wenigsten erforscht. Organisationale Maßnahmen finden sich in 74 % der Handreichungen, aber nur 2 von 56 Studien behandeln sie – und keine untersucht deren Wirksamkeit. Umgekehrt konzentriert sich die Forschung stark auf konfrontative Strategien des Protests (35 Studien), die in der Alltagspraxis weniger stark propagiert werden (15 % der Dokumente). Diese Schieflage ist problematisch: Gerade die Praktiker*innen vor Ort benötigen fundierte Erkenntnisse über die Strategien, die sie tatsächlich anwenden.

Warum es an Wissen fehlt – und was das für die Praxis bedeutet

Methodische Hürden: Die Wirkung einzelner Maßnahmen ist schwer messbar und stark vom Kontext abhängig. Langfristige Bildungsarbeit wirkt anders als kurzfristiger Protest. Auch die Erfolgskriterien wie Wahlergebnisse, Demobilisierung oder Bewusstseinswandel sind oft unklar.

Geografische Engführung: Viele Studien konzentrieren sich auf Deutschland. Internationale Vergleiche, die zeigen könnten, welche Strategien in anderen Ländern bzw. über verschiedene Kontexte hinweg funktionieren, fehlen oder sind ausbaufähig.

Trennung von Praxis und Forschung: In vielen Organisationen existiert wertvolles Erfahrungswissen, doch es wird selten systematisch ausgewertet. Zwar gibt es viele Handreichungen und Best Practices, aber ohne begleitende Forschung bleibt offen, welche Ansätze unter welchen Bedingungen tatsächlich wirken.

Grenzen dieser Analyse: Auch unsere Untersuchung hat Einschränkungen. Sie basiert auf veröffentlichten Handreichungen etablierter Organisationen – informelle Praxis und kleine Initiativen sowie nicht öffentliches und nicht dokumentiertes Handeln bleiben unsichtbar.

Strategien müssen passen – und brauchen Raum

Organisationen müssen ihren eigenen Weg finden. Was in einer Gewerkschaft funktioniert, passt nicht automatisch für einen Sportverein. Strategien müssen zur eigenen Struktur, Kultur und den verfügbaren Ressourcen passen. Aber: Organisationen können voneinander lernen – über Handlungsfelder hinweg.

Doch der Handlungsspielraum wird enger: Öffentliche Anfeindungen, finanzielle Kürzungen und gezielte Kampagnen zur Delegitimierung machen die Arbeit schwieriger. Umso wichtiger ist es, dass zivilgesellschaftliche Organisationen nicht nur Zugang zu Wissen über wirksame Strategien bekommen, sondern auch die politische und finanzielle Unterstützung, um diese umzusetzen.

Empfehlungen für die Praxis: Wissenslücken schließen, Zivilgesellschaft stärken

Best Practices sichtbar machen und feldübergreifend transferieren

Die Herausforderungen der Zivilgesellschaft sind ähnlich – der Austausch von Best Practices sollte daher über die eigene Organisation, das eigene organisatorische Feld hinausgehen. Gewerkschaften teilen ihre Protesterfahrungen mit Sportvereinen, Kirchen ihre Netzwerkstrategien mit Feuerwehren, Beratungsorganisationen unterstützen bei Sicherheitskonzepten. Ob als Workshops, Datenbank oder Bündnis, der Austausch sollte auch Misserfolge einbeziehen, um Strategien weiterzuentwickeln.

Allianzen ausbauen und über Handlungsfelder hinweg voneinander lernen

Unsere Analyse zeigt deutliche Unterschiede zwischen den zivilgesellschaftlichen Feldern. Während Beratungsstellen, Gewerkschaften und Sportvereine bereits sehr aktiv sind, gibt es in Schützen-, Heimatvereinen und Feuerwehren bislang nur wenige Handreichungen. Diese Felder können gezielt von den langjährigen Erfahrungen der anderen Bereiche profitieren – etwa durch Checklisten und Muster-satzungen und dauerhafte Kooperationsformate, die über die eigene Organisation hinaus langfristig stärken.

Praxis und Forschung dauerhaft verzahnen statt punktuell evaluieren

74 % der zivilgesellschaftlichen Akteur*innen nutzen organisationale Strategien, doch nur 3,6 % der untersuchten Studien analysieren diese systematisch. Die Diskrepanz zwischen Praxis und Forschung zieht sich durch unsere Studie. Statt nachträglicher Evaluation braucht es praxisbegleitende Forschung, bei der Praktiker*innen und Wissenschaftler*innen gleichberechtigt zusammenarbeiten. Im transdisziplinären Austausch können Forschungsfragen gemeinsam entwickelt und Ergebnisse praxistauglich aufbereitet werden.

Wirksamkeit realistisch, lokal und mehrdimensional bestimmen

Trotz aller Ähnlichkeit, sind Kontextfaktoren entscheidend – ein Sportverein in Sachsen benötigt andere Strategien als eine Gewerkschaft in Hamburg. Statt abstrakter Fernziele sollten messbare lokale Veränderungen im Vordergrund stehen, etwa die Verbesserung der demokratischen Kultur vor Ort oder der subjektiven Sicherheit von Betroffenen. Wirksamkeit sollte mehrdimensional verstanden werden, denn auch kleine lokale Erfolge sind wertvoll, auch wenn sie nicht bundesweit sichtbar sind. Klare eigene Ziele stärken die Position intern wie extern gegenüber Kritiker*innen, Fördermittelgeber*innen und anderen Akteur*innen.

Demokratieförderung dauerhaft verankern statt projektförmig ausrichten

All das ist nur möglich, wenn Demokratieförderung als staatliche Kernaufgabe verstanden wird. Die derzeitig verbreitete kurz- bis mittelfristige Projektförderung erschwert einen nachhaltigen Struktur-aufbau und langfristige Wirkung. Hinzu kommt, dass zivilgesellschaftliche Organisationen zunehmend von Kürzungen betroffen sind, ihr Engagement delegitimiert und ihre Gemeinnützigkeit infrage gestellt wird. Angesichts eines erstarkenden Rechtsextremismus ist eine dauerhafte finanzielle und politische Absicherung zivilgesellschaftlicher Organisationen für die Demokratie unverzichtbar.

Literaturhinweise

ALTHAUS, JUDITH; ECKERT, ANNA & HAESE, INGA (2025):

Gemeinschaftlich gestalten. Strategien Engagierter für eine zivile Gesellschaft. In: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (Hrsg.). *Wissen Schafft Demokratie. Schwerpunkt Uncivil Society – „Schattenseiten“ der Zivilgesellschaft, Band 17*, 180–191.

BEWARE & AMADEU ANTONIO STIFTUNG (2025):

BEWARE. Das Praxistool zur bedarfsorientierten Strategieentwicklung für den Umgang mit Bedrohungen. https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/wp-content/uploads/2025/07/BEWARE-Praxistool_Anleitung-1.pdf

BRINGT, FRIEDEMANN; MAYER, MARION; WARRACH, NORA & LEHNERT, ESTHER (HRSG.) (2023):

Beratung zu Rechtsextremismus und Demokratiegefährdung: Konzepte, Herausforderungen, intersektionale Perspektiven. Beltz Juventa.

JÄNICKE, CHRISTIN & BÜTTNER, FRAUKE (2023):

Weitermachen, nicht kleinkriegen lassen Zivilgesellschaftliches Engagement als Antwort auf rechte Gewalt. In G. Botsch, G. Köbberling, & C. Schulze (Hrsg.), *Rechte Gewalt: Aktuelle Analysen und zeithistorische Perspektiven auf das Land Brandenburg* (S. 379–400). Metropol.

JÄNICKE, CHRISTIN & GUNZELMANN, HANS JONAS (2025):

Konflikt oder Kooperation? Extrem rechte Einflussnahme in der Zivilgesellschaft. In: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (Hrsg.). *Wissen Schafft Demokratie. Schwerpunkt Uncivil Society „Schattenseiten“ der Zivilgesellschaft, Band 17*, 44–55.

KRÜGER, CHRISTINE; JAGUSCH, BIRGIT; GILLE, CHRISTOPH & WÉBER, JÚLIA (2022):

Extrem rechte Einflussnahmen auf die Soziale Arbeit: Vergleichende Perspektiven. *Sozial Extra*, 46(4), 264–268. <https://doi.org/10.1007/s12054-022-00505-z>

MÜHE, MARIE-LUISE (2022):

*Im Fokus der AfD? – Einflussversuche rechtsradikaler Akteur*innen auf die organisierte Zivilgesellschaft.* In: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (Hrsg.), *Wissen schafft Demokratie. Schwerpunkt Demokratie unter Druck, Band 12*, 50–59.

RATZMANN, NORA & SOMMER, MORITZ (2022):

Bedrohte Zivilgesellschaft: Ergebnisse einer Pilotstudie unter den Modellprojekten im Handlungsfeld „Vielfaltgestaltung“ des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. *DeZIM Research Notes 10.* <https://www.dezim-institut.de/publikationen/bedrohte-zivilgesellschaft/>

SCHROEDER, WOLFGANG, GREEF, SAMUEL, TEN ELSSEN, JENNIFER, HELLER, LUCAS & INKINEN, SAARA (2022): *Einfallstor für rechts? Zivilgesellschaft und Rechtspopulismus in Deutschland.* Campus Verlag.

VOLLSTÄNDIGE LISTE MIT ALLEN UNTERSUCHTEN DOKUMENTEN IST IM ANHANG ZU DIESEM POLICY BRIEF UNTER www.WZB.eu/WGR ZU FINDEN.

Impressum

Herausgeber:

Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung
an der Freien Universität Berlin und am
Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB)
Reichpietschufer 50
10785 Berlin

Autor*innen:

Christin Jänicke
Hans Jonas Gunzelmann
Teresa Völker
Sven Hutter

Stand:

Dezember 2025

Text und Graphiken sind gemäß der Creative-Commons-Lizenz CC BY 4.0 nachnutzbar: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>



Dieser Policy Brief entstand als Teil der Projekte „Wirksam gegen Rechtsaußen“ am Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung des Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung und der Freien Universität Berlin und „Organisierter Zivilgesellschaft und rechte Interventionen“, eine Kooperation der Universität Kassel mit dem WZB. Die Projekte zielen auf die Stärkung der Zivilgesellschaft im Umgang mit der extremen Rechten ab und werden gefördert durch die Freundinnen und Freunde des WZB, das Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt sowie die Berlin University Alliance.

Gefördert durch:

